

Statuten

Statuten

I. Firma, Sitz und Zweck

Art. 1 Firma und Sitz

Unter der Firma Bank Cler AG (Banque Cler SA, Banca Cler SA, Bank Cler Ltd) besteht eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Basel.

Art. 2 Zweck

¹ Die Gesellschaft bezweckt den Betrieb einer Universalbank.

² Sie tätigt nach Massgabe des Organisations- und Geschäftsreglements und im Rahmen ihrer organisatorischen und personellen Voraussetzungen alle Arten von Bank-, Finanzierungs-, Beratungs-, Handels- und Dienstleistungsgeschäften.

³ Zu ihrem Tätigkeitsbereich gehören insbesondere:

1. Entgegennahme von Geldern in allen banküblichen Formen, einschliesslich Spareinlagen; Anlage und Ausleihung von Geldern, insbesondere Gewährung von Krediten in jeder Form; Abgabe von Bürgschaften und Garantien;
2. Zahlungsverkehr; Akkreditivgeschäfte; Wechsel-, Check- und Dokumentarinkassi;
3. An- und Verkauf von Wertrechten, Devisen, Edelmetallen, einschliesslich Termingeschäften, Optionen und Futures, für eigene und auf fremde Rechnung; Geld- und

Finanzmarktgeschäfte aller Art; Treuhandgeschäfte;

4. Übernahme und Platzierung von Aktien, Obligationen und anderen Wertrechten in- und ausländischer Emittenten;
5. Anlageberatung, Vermögensverwaltung und Steuerberatung;
6. Übernahme von Depotbank- und Vertreterfunktionen für Anlagefonds und Vorsorgestiftungen.

⁴ Sie kann sich in bankähnlichen oder mit ihrer Tätigkeit als Universalbank in Beziehung stehenden Branchen betätigen.

⁵ Das Schwergewicht ihrer Tätigkeit liegt in der Schweiz. Sie kann nach Massgabe des Organisations- und Geschäftsreglements auch im Ausland tätig werden.

⁶ Sie kann im In- und Ausland Liegenschaften erwerben, belasten, verkaufen und verwalten.

⁷ Sie kann im In- und Ausland Tochtergesellschaften, Niederlassungen, Vertretungen und andere Geschäftsstellen errichten und sich an anderen Unternehmen, namentlich an anderen Bank-, Finanz- und Dienstleistungsgesellschaften, beteiligen oder solche übernehmen.

⁸ Die Gesellschaft ist Teil des Konzerns, der von der Basler Kantonalbank als Muttergesellschaft kontrolliert wird. Sie kann die Interessen der Konzernmuttergesellschaft oder anderer Konzerngesellschaften fördern.

II. Aktienkapital, Aktien und Aktionäre

Art. 3 Aktienkapital

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 337,5 Millionen Franken und ist in 16'875'000 voll liberierte Namenaktien im Nennwert von je 20 Franken eingeteilt.

Art. 4 Aktienbuch und Rechtsausübung

¹Für die Namenaktien wird ein Aktienbuch geführt. Darin werden die Eigentümer und Nutzniesser mit Namen und Vornamen oder Namen der Rechtseinheit, Adresse und Staatsangehörigkeit oder bei juristischen Personen mit Sitz eingetragen.

²Wechselt ein Aktionär den Wohnort oder Sitz, so hat er der Gesellschaft die neue Adresse mitzuteilen. Solange dies nicht geschehen ist, erfolgen alle brieflichen Mitteilungen rechtsgültig an seine im Aktienbuch eingetragene Adresse.

³Erwerber von Namenaktien werden auf Gesuch als Aktionäre mit Stimmrecht im Aktienbuch eingetragen, wenn sie ausdrücklich erklären, diese Aktien im eigenen Namen und für eigene Rechnung erworben zu haben. Ist der Erwerber nicht bereit, eine solche Erklärung abzugeben, kann der Verwaltungsrat die Eintragung mit Stimmrecht verweigern.

⁴Der Verwaltungsrat kann nach Anhörung des eingetragenen Aktionärs oder Nominees Eintragungen im Aktienbuch als Aktionär mit Stimmrecht mit Rückwirkung auf das Datum der Eintragung streichen, wenn diese durch falsche Angaben zustande gekommen sind. Der Betroffene muss über die Streichung sofort informiert werden.

⁵Weiter führt die Gesellschaft gemäss den gesetzlichen Bestimmungen ein Verzeichnis über die der Gesellschaft gemeldeten wirtschaftlich berechtigten Personen.

⁶Die Gesellschaft anerkennt nur einen Vertreter pro Aktie. Das Stimmrecht und die damit zusammenhängenden Rechte können der Gesellschaft gegenüber nur von einer Person ausgeübt werden, die mit Stimmrecht im Aktienregister eingetragen sind.

Art. 5 Urkunden, Wertrechte, Bucheffekten

¹Die Gesellschaft gibt ihre Namenaktien in Form von Einzelurkunden, Zertifikaten, Globalurkunden oder Wertrechten aus. Der Gesellschaft steht es im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben frei, ihre in einer dieser Formen ausgegebenen Namenaktien jederzeit und ohne Zustimmung der Aktionäre in eine andere Form umzuwandeln. Sie trägt dafür die Kosten.

²Der Aktionär hat keinen Anspruch auf Umwandlung von in bestimmter Form ausgegebenen Namenaktien in eine andere Form. Der Aktionär kann jedoch von der Gesellschaft die Ausstellung einer Bescheinigung über die von ihm gemäss Aktienbuch gehaltenen Namenaktien verlangen.

³Verfügungen über Bucheffekten, einschliesslich der Bestellung von Sicherheiten, unterstehen dem Bucheffektengesetz.

⁴Die Gesellschaft kann als Bucheffekten geführte Aktien aus dem Verwahrungssystem zurückziehen.

⁵Durch Statutenänderung kann die Generalversammlung jederzeit Namen in Inhaberaktien oder Inhaber- in Namenaktien umwandeln.

III. Organe der Gesellschaft

Art. 6 Organe

Die Organe der Gesellschaft sind:

- A. Generalversammlung
- B. Verwaltungsrat
- C. Geschäftsleitung
- D. Revisionsstelle

A. Generalversammlung

Art. 7 Befugnisse

Der Generalversammlung stehen folgende Befugnisse zu:

1. Beschlussfassung über die Änderung der Statuten;
2. Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates, des Präsidiums des Verwaltungsrates und Wahl der aktienrechtlichen Revisionsstelle;
3. Genehmigung des Lageberichts;
4. Genehmigung der Jahresrechnung sowie Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns, insbesondere die Festsetzung der Dividende und des Zeitpunkts deren Auszahlung;
5. Festsetzung der Zwischendividende und Genehmigung des dafür erforderlichen Zwischenabschlusses;
6. Beschlussfassung über die Rückzahlung der gesetzlichen Kapitalreserve;
7. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung;
8. Beschlussfassung über Gegenstände, die der Generalversammlung durch Gesetz oder Statuten vorbehalten sind;
9. Beschlussfassung über die Auflösung der Gesellschaft.

Art. 8 Einberufung

¹Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat, nötigenfalls durch die Revisionsstelle einberufen.

²Die ordentliche Generalversammlung findet innert sechs Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres statt.

³Die Einberufung kann auch von einem oder mehreren Aktionären, die zusammen mindestens 10 Prozent des Aktienkapitals vertreten, schriftlich unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und der Anträge verlangt werden.

Art. 9 Form der Einberufung

¹Die Einberufung der Generalversammlung erfolgt mindestens 20 Tage vor dem Versammlungstag in der Form gemäss Art. 28 der Statuten.

²In der Einladung werden das Datum, der Beginn, die Art und der Ort der Generalversammlung, die Verhandlungsgegenstände, die Anträge des Verwaltungsrates, gegebenenfalls die Anträge der Aktionäre samt kurzer Begründung sowie gegebenenfalls der Name und die Adresse des unabhängigen Stimmrechtsvertreters bekannt gegeben.

³Die Eigentümer sämtlicher Aktien oder Vertreter können hingegen, sofern kein Widerspruch erhoben wird, eine Generalversammlung ohne Einhaltung der für die Einberufung geltenden Vorschriften abhalten.

Art. 10 Traktandierung

¹Aktionäre, welche zusammen mindestens fünf Prozent des Aktienkapital oder der Stimmen haben, können schriftlich die Traktandierung von Verhandlungsgegenständen oder die Aufnahme eines Antrages zu einem Verhandlungsgegenstand in die Einberu-

fung der Generalversammlung verlangen.

² Über Anträge zu nicht gehörig angekündigten Verhandlungsgegenständen können keine Beschlüsse gefasst werden; ausgenommen sind Anträge auf Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung, auf Durchführung einer Sonderuntersuchung und auf Wahl einer Revisionsstelle.

³ Solange die Eigentümer sämtlicher Aktien persönlich oder mittels Vertreter anwesend sind, kann die Versammlung über alle Angelegenheiten gültig verhandeln oder Beschlüsse gültig fassen, die in der Kompetenz der Generalversammlung liegen.

Art. 11 Virtuelle Generalversammlung

Eine Generalversammlung kann mit elektronischen Mitteln ohne Tagungsort und unter Verzicht auf die Bezeichnung eines unabhängigen Stimmrechtsvertreters durchgeführt werden.

Art. 12 Vorsitz und Protokoll

¹ Den Vorsitz in der Generalversammlung führt das Präsidium des Verwaltungsrates, im Falle seiner Verhinderung ein Vizepräsidium oder ein anderes vom Verwaltungsrat bestimmtes Mitglied.

² Der Vorsitz trifft die für die Feststellung der Stimmrechte erforderlichen Anordnungen und ernennt das Sekretariat, das über die Verhandlungen ein Protokoll erstellt, das vom Vorsitz und vom Sekretariat zu unterzeichnen ist.

Art. 13 Stimmrecht der Aktionäre

¹ In der Generalversammlung berechtigt jede Aktie zu einer Stimme.

² Eine Vertretung an der Generalversammlung ist möglich durch Dritte, welche nicht Aktionäre sein müssen. Vertreter müssen schriftlich bevollmächtigt sein.

Art. 14 Beschlussfähigkeit

Die Generalversammlung ist beschlussfähig ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Aktionäre und vertretenen Stimmen.

Art. 15 Beschlussfassung und Wahlen

¹ Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen mit der absoluten Mehrheit der gültig abgegebenen Aktienstimmen. Leere Stimmen und Stimmenthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen. Abweichende zwingende gesetzliche Regelungen bleiben vorbehalten.

² Bei Wahlen wird vor der Durchführung der Wahl zunächst festgelegt, wie viele Personen gewählt werden sollen. Wird bei Wahlen im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt, in welchem die relative Mehrheit entscheidet.

³ Der Vorsitz bestimmt, ob Abstimmungen und Wahlen in der Generalversammlung schriftlich resp. elektronisch oder offen erfolgen.

B. Verwaltungsrat

Art. 16 Aufgaben und Befugnisse

¹ Dem Verwaltungsrat stehen die Oberleitung der Gesellschaft sowie Aufsicht und Kontrolle über die Geschäftsführung zu.

² Der Verwaltungsrat kann in allen Angelegenheiten Beschluss fassen, die

nicht nach Gesetz oder Statuten der Generalversammlung zugeteilt sind.

³ Der Verwaltungsrat kann unter Vorbehalt der Artikel 17 und 18 der Statuten einen Teil seiner Befugnisse und Aufgaben an Ausschüsse oder Dritte übertragen, soweit dies von zwingenden gesetzlichen Bestimmungen oder den Statuten nicht bereits vorgesehen ist.

Art. 17 Oberleitung

Die Oberleitung umfasst insbesondere:

1. Erlass der für die Organisation des Geschäftsbetriebs und die Kompetenzabgrenzung erforderlichen Reglemente, insbesondere des Organisations- und Geschäftsreglements;
2. Erlass der Grundsätze der Ausgestaltung des Rechnungswesens und der Finanzplanung;
3. Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung betrauten Personen; Wahl und Abberufung der bankengesetzlichen Revisionsstelle; Bestimmung des Vorsitzes der Geschäftsleitung;
4. Erteilung des Kollektivzeichnungsrechts an Mitglieder des Verwaltungsrates, Mitglieder der Geschäftsleitung und, soweit das Organisations- und Geschäftsreglement die Erteilung durch den Verwaltungsrat vorsieht, an weitere im Handelsregister einzutragende Zeichnungsberechtigte;
5. Erstellung des Geschäftsberichts;
6. Vorbereitung der Generalversammlung und Ausführung ihrer Beschlüsse;
7. Beschlussfassung über die Feststellung von Kapitalerhöhungen und daraus folgende Statutenänderungen;

8. Beschlussfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals, soweit eine solche in der Kompetenz des Verwaltungsrates liegt;
9. Benachrichtigung der FINMA im Falle einer Überschuldung;
10. Beschlussfassung über die Strategie und über grundlegende Fragen der Geschäftspolitik sowie über weitere, gemäss Organisations- und Geschäftsreglement dem Verwaltungsrat vorbehaltene Geschäfte.

Art. 18 Aufsicht und Kontrolle

Die Aufsicht und Kontrolle der Geschäftsführung umfassen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen;
2. Behandlung des Geschäftsberichts;
3. Entgegennahme der regelmässigen Berichterstattung über den Geschäftsgang;
4. Behandlung der von der Revisionsstelle erstellten Berichte.

Art. 19 Zusammensetzung und Amtsdauer

¹ Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens sechs Mitgliedern.

² Die Amtsdauer aller Mitglieder des Verwaltungsrates endet mit dem Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung, an der die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats traktandiert war. Eine Wiederwahl ist möglich.

Art. 20 Verwaltungsratspräsidium

¹ Die Generalversammlung wählt das Präsidium des Verwaltungsrates, wobei eine Wiederwahl stets zulässig ist.

² Die Amtsdauer endet mit dem Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung.

Art. 21 Konstituierung

¹ Soweit im Gesetz oder in den Statuten nicht anders geregelt, konstituiert sich der Verwaltungsrat selbst, insbesondere auch bezüglich allfälliger Ausschüsse.

² Er wählt insbesondere aus seiner Mitte das Vizepräsidium oder mehrere Vizepräsidien.

Art. 22 Einberufung und Antragstellung

¹ Das Präsidium, bei dessen Verhinderung ein Vizepräsidium, ruft den Verwaltungsrat zusammen, so oft es die Geschäfte erfordern, mindestens jedoch vierteljährlich.

² Ausserordentliche Sitzungen werden vom Präsidium unverzüglich einberufen, wenn ein Mitglied des Verwaltungsrates oder der Vorsitz der Geschäftsleitung dies unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangen.

³ Die Mitglieder der Geschäftsleitung nehmen in der Regel an den Sitzungen des Verwaltungsrates und allfälliger Ausschüsse mit beratender Stimme teil und haben das Recht, Anträge zu stellen.

Art. 23 Beschlussfassung und Protokoll

¹ Der Verwaltungsrat fasst seine Beschlüsse mit der absoluten Mehrheit der anwesenden Stimmen, soweit im Organisations- und Geschäftsreglement nicht ein qualifiziertes Mehr vorgesehen ist.

² Der Verwaltungsrat legt im Organisations- und Geschäftsreglement das

Präsenzquorum und die Modalitäten der Beschlussfassung fest. Kein Präsenzquorum ist erforderlich für die Durchführungs-, Anpassungs- und Feststellungsbeschlüsse des Verwaltungsrats im Zusammenhang mit Kapitalerhöhungen.

³ Über die Verhandlungen und Beschlüsse wird ein Protokoll geführt.

C. Geschäftsleitung

Art. 24 Aufgaben und Befugnisse

¹ Die Geschäftsleitung ist das geschäftsführende Organ und leitet die Geschäfte in eigener Verantwortung, soweit sie darin nicht durch die Statuten oder Reglemente und Beschlüsse, die in der Kompetenz von Generalversammlung oder Verwaltungsrat liegen, beschränkt ist. Sie setzt die vom Verwaltungsrat beschlossene Strategie um, sorgt für den Vollzug der Beschlüsse des Verwaltungsrates und ist für das Ergebnis der Gesellschaft verantwortlich und erstattet regelmässig Bericht über den Geschäftsgang.

² Die Aufgaben und Befugnisse der Geschäftsleitung und weiterer vom Verwaltungsrat definierter Führungseinheiten sind im Organisations- und Geschäftsreglement geregelt.

D. Revisionsstelle

Art. 25 Bestellung

¹ Als Revisionsstelle ist gemäss den gesetzlichen Vorschriften ein staatlich beaufsichtigtes Revisionsunternehmen zu bestellen.

² Die Revisionsstelle wird von der Generalversammlung für ein Geschäftsjahr gewählt. Ihr Amt endet mit der Abnahme der Jahresrechnung dieses Geschäftsjahres. Wiederwahl ist zulässig.

IV. Jahresrechnung und Gewinnverwendung

Art. 26 Geschäftsjahr

¹ Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

Art. 27 Gewinnverwendung

¹ Mindestens fünf Prozent des Jahresgewinns sind der gesetzlichen Gewinnreserve zuzuweisen, bis diese zusammen mit der gesetzlichen Kapitalreserve die Hälfte des Aktienkapitals erreicht.

² Der nach Zuweisung an die gesetzliche Gewinnreserve verbleibende Bilanzgewinn steht, unter Vorbehalt der gesetzlichen Bestimmungen, zur Verfügung der Generalversammlung.

V. Mitteilungen und Gerichtsstand

Art. 28 Mitteilungen an die Aktionäre

Mitteilungen an die Aktionäre erfolgen durch Brief oder elektronische Mitteilung an die im Aktienbuch eingetragenen Adressen.

Art. 29 Gerichtsstand

Der Gerichtsstand für sämtliche aus dem Gesellschaftsverhältnis entstehenden Streitigkeiten befindet sich am Sitz der Gesellschaft.